

Thirty years since the six day war: economical and social perspectives,  
8-9 June 1997 in Beer Sheva

In Israel/Palästina wurde auf unterschiedlichste Weise des 30. Jahrestages des Sechstagekrieges vom Juni 1967 gedacht. Die Regierung verhielt sich eher konventionell, indem sie ihren Anspruch auf Jerusalem als „ewig ungeteilter Hauptstadt Israels“ erhob. Die politische Rechte und ihre extremistischen Siedlerfreunde veranstalteten eine martialische Demonstration durch die Jerusalemer Altstadt und demonstrierten dabei den Palästinensern, wer das Sagen hat. Den Palästinensern war nicht zum Feiern oder Gedenken zumute. So war die wissenschaftliche Konferenz an der Ben-Gurion Universität einer der wenigen Lichtblicke in diesem Gedenkreigen. Der Titel dieser Veranstaltung gab eigentlich nicht den Inhalt und die Absicht der Tagung wieder. Es war in der Tat eine Konferenz, bei der man „30 years of occupation“ feierte, wie es von einer Referentin treffend formuliert worden ist. Dementsprechend überwog auch die akademische Linke, obgleich auch das konservative Element vertreten war.

Die Konferenz erfuhr einen etwas ungewöhnlichen Auftakt, als Over Bronstein, Direktor des „International Center for Peace in the Middle East“, den Teilnehmern die Brisanz der Lage ins Bewußtsein rief und den Zusammenhang zwischen wirklichem Frieden und sozialer Gerechtigkeit aufzeigte. „Die Kluft zwischen Reich und Arm ist in Israel und den USA von allen industrialisierten Staaten am größten.“ Der Linken redete er ins Gewissen, indem er forderte, daß sie den Frieden zu den Palästinensern bringen müsse. Gelänge dies nicht, sei alles weitere sinnlos. Eindrucksvoll waren seine Ausführungen zum Zustand in Gaza. „Gaza ist eine andere Welt. Diese Okkupation ist schlimmer als vor Oslo.“ Den Friedensgruppen in Israel warf er vor, zu „elitär zu sein“. Die Gruppe „Peace now ist eine rassistische Organisation, weil sie keine sephardischen Juden und israelische Palästinenser in ihren Reihen erlaube“. Den Eröffnungsvortrag hielt Haim Gordon, Professor für Philosophy of Education an der Ben-Gurion Universität und Leiter der „Stiftung für eine Demokratische Bildung in Israel“. Er versuchte, das Dialogschema Martin Bubers auf den israelisch-palästinensischen Konflikt hin nutzbar zu machen. Er warf die Frage auf, welche Haltung die Israelis gegenüber den Palästinensern in den letzten dreißig Jahren an den Tag gelegt hätten. „For thirty years the large majority of Israelis have adopted an I-It attitude toward the Palestinians. For thirty years the government of Israel has related to the Palestinians in the occupied territories als Its, as human beings that exist solely to be manipulated for Israel's needs and interests.“ Wir Israelis haben absichtlich die Gelegenheit verstreichen lassen, mit unseren Nachbarn in einem Klima des Dialogs zu leben. Wie das Leben der Palästinenser im Gazastreifen zeige, hat sich an dieser Haltung nichts geändert. Dort würden 90 % der Bevölkerung gewaltsam hinter einem Zaun eingesperrt, ohne daß sie jemals die Gelegenheit zur Ausreise erhielten.

Insbesondere griff Gordon den weitverbreiteten Götzendienst unter den Religiösen an. „What is unique about this idolatry is that much of it is dictated by nationalist political views and comes from Jews who call themselves religious.“ Dieser Götzendienst in den sogenannten religiösen Kreisen verbreite sich wie ein „Krebsgeschwür“ und wurde zur „Norm“. Bemerkenswert sei, daß keiner der führenden Rabbiner oder Politiker öffentlich gegen diesen Götzendienst Stellung genommen hat. Es herrsche die Tendenz vor, alles als „heilig“ zu erklären. Insbesondere nach dem Sechstagekrieg wurde das Land Israel heilig, Hebron und andere Plätze wurden „heilig“ erklärt, wohlwissend, daß die Bibel nur Ereignisse, aber niemals Personen oder Orte als heilig erklärt habe. Gordon warf den extremistischen Rabbinern vor, die Zehn Gebote gebrochen und sie für nicht so bedeutsam für das Judentum erachtet zu haben. „What is important, they wrongly teach, are the areas of land that they have designated as holy.“ Diese Rabbiner seien keine „spiritual leaders. They are fakes. ... Hundreds of rabbis today in Israel are idol worshippers because, instead of a commitment to living in justice, in accordance with the Decalogue, these rabbis encourage their followers to reject commandments and instead to worship sites in the land of Israel“. Insbesondere der Rabbiner Ovadiah Josef, der als ein prominenter Vertreter des Judentums gilt, verbreitet diesen Götzendienst täglich. Diese Art des Judentums, wie es von Josef und anderen fanatischen Rabbinern verbreitet wird, wurde zu einer „fanatischen und wahnsinnigen Religion, die völlig die Spiritualität der Bibel vermissen läßt“. In den letzten dreißig Jahren haben zu viele Israelis gegenüber den Palästinensern eine nationalistische Haltung eingenommen, anstatt dem supranationalen Anliegen des Judentums verpflichtet zu sein. Die Okkupationszeit „can only be viewed as contributing to a period which we must contemplate with deep shame. ... Many Israelis have sinned in relation to our neighbours“. Diese Erkenntnis müsse zu neuen Wiedergutmachungsleistungen führen, so Gordon.

Einen bemerkenswerten Vortrag über „War, Morality and Motivation“ hielt Martin van Krepler von der Hebräischen Universität in Jerusalem, der wegen seiner Thesen in Israel von allen politischen Lagern heftig angegriffen wird. Seine These: Kriege beginnen, wenn Menschen bereit sind, zu sterben. Im Krieg töte man nicht, dies wäre Mord. „Der Wille zum Sterben ist ehrenhaft.“ Was mache Menschen bereit, ihr Leben hinzugeben, fragte van Krepler weiter. Motive wie Land, Klasse, Rasse oder nationales Interesse machen Menschen nicht bereit, zu sterben; sie seien töricht. „Für andere Interessen zu sterben, ist dumm. Jemand zu zwingen, für andere Interessen zu sterben, ist kriminell.“ Vor dreißig Jahren habe „Interesse“ in Israel keine Rolle gespielt. „Wir waren in der Lage, in der wir nichts zu verlieren hatten.“ Die Bewunderung der ganzen Welt war Israel gewiß. Damals brauchte er Israelis nicht zu erzählen, was er ihnen heute sagt. Er stellte die Frage: Was ist Recht? „Ich glaube zu wissen, was nicht Recht ist.“ Dies gelte unabhängig von der Kultur. „Den Schwachen zu schlagen, ist immer falsch.“ Es gebe nichts in der Welt, warum man den Schwachen bekämpfen sollte, denn Kampf setzte Gleichheit voraus. „Jeder, der ein Verbrechen begeht, muß es vor den anderen verbergen. Jeder, der ein Verbrechen begeht, muß Lügen und Ausreden erfinden. Derjenige, der den Schwachen bekämpft, verliert. Gegen den Schwachen kann man nur verlieren.“ Als Beispiel erwähnt van Krepler die USA in Vietnam. Man könne den Schwachen nicht bekämpfen, ohne seinen Stolz zu verlieren. Derjenige, der den Schwachen bekämpfe, werde schwach. „Wer sich wie ein Feigling verhält, wird ein Feigling. Wir glauben, wir seien eine Ausnahme. Wir unterliegen aber den gleichen Gesetzen. Wer den Schwachen schlägt, wird zugrunde gehen, und dies trifft zu hundert Prozent auch auf Israel zu.“ Wie

konnte es kommen, daß ein Land, das für seinen Mut berühmt war, sich in ein Land von Feiglingen verwandelt hat, fragte van Krepler abschließend.

Die Knessetabgeordnete Tamar Guzhansky von der Chadash-Partei vertrat die Ansicht, daß die linken Parteien in Israel die Grundlage für die Besetzung (Siedlungen, Enteignungen, Unterdrückung etc.) gelegt haben. Der Sechstagekrieg vervollständigte nur das, was 1948 nicht erreicht werden konnte. Diese Besetzung des ganzen historischen Palästina zerstörte zugleich die Grundlagen für einen palästinensischen Staat. „Die Zerschlagung der PLO und die Verweigerung der Souveränität wurden als eine Notwendigkeit für die Sicherheit Israels betrachtet.“ 1967 wollte man Land erobern um des Landes willen und nicht aus Sicherheitsgründen, wie erst kürzlich durch ein posthum veröffentlichtes Interview in Yediot Aharonot vom 27. April 1997, sechzehn Jahre nach Moshe Dayans Tod, bekannt wurde. Was die Besetzung bewirkt habe, sei die Forderung der PLO und des palästinensischen Nationalismus gewesen. Dadurch kam es zu einem Druck auf die zionistische Bewegung, die daraufhin das Oslo-Abkommen unterschreiben mußte. Hinzu kam der Druck der USA. Beide Regierungen waren in die strategischen Überlegungen der USA eingebunden. Die USA waren immer schon gegen einen Palästinenserstaat. Sie benutzen ihren strategischen Einfluß im Nahen Osten. Sie haben die Israelis in der Hand. Die Arbeitspartei/Meretz-Regierung hatte sich den US-Interessen angepaßt. Für die Arbeitspartei war es deshalb besonders schwer, sich von den eigenen Mythen zu verabschieden. Obwohl sie für einen Palästinenserstaat eintritt, wird dieser keine volle Souveränität haben. Dies zeigen schon die Oslo-Abkommen, in denen Israel sich voll durchgesetzt habe.

Yehezkel Dror von der Hebräischen Universität legte die strategische Position Israels dar. Bis 1967 war die strategische Kapazität Israels nicht hoch entwickelt, obwohl sehr weitreichende Entscheidungen getroffen worden sind. Bis 1967 war Israel politisch, wirtschaftlich, militärisch und demographisch sehr schwach. Erst der Sechstagekrieg habe Israel zu einer wichtigen militärischen Macht gemacht. Der Nahostkonflikt werde nicht mit den Palästinensern, sondern mit den arabischen Staaten sowie mit dem Hinterland des Islam, insbesondere Iran, ausgetragen. Nach dem Juni-krieg habe Israel zwei Optionen gehabt. Einerseits hätte man sich teilweise symbolisch zurückziehen, andererseits aber auch die demographische Situation verändern können. Die Siedlungspolitik unter Levi Eskol sei eine Katastrophe gewesen. Es gab einen Kompromiß zwischen strategischen Siedlungen und demographischen Zielen, die Bevölkerungsstruktur zu ändern. „Die Siedlungen sind zu wenige für die Annexion und zu viele für den Frieden“, so Dror.

Sehr kritisch ging der Völkerrechtler Leo Shelef von der Universität Tel-Aviv in seinem Vortrag „Bagatz versus the Geneva Convention“ mit den Obersten Gericht (Bagatz) ins Gericht. Für den Bagatz endet der Einfluß, was die Menschenrechte betrifft, an der Grünen Linie. „Der Bagatz kann nur verhindern, daß wir unsere Hände weiter schmutzig machen.“ Der Einfluß des Bagatz auf die besetzten Gebiete war immer nur sehr begrenzt, weil er sich freiwillig zu oft den Sicherheitsargumenten der Militärverwaltung angeschlossen habe. Die Möglichkeit der Palästinenser, sich an das Oberste Gericht zu wenden, war mehr für das Ausland bestimmt, um ihm zu zeigen, wie liberal das israelische Besatzungsregime sei. Tatsächlich seien fast alle Eingaben gegen die Palästinenser entschieden worden. Bei der Frage, ob Goldsteins Haus zerstört werden sollte, wie das bei palästinensischen Terroranschlägen üblich ist, offenbarte das Oberste Gericht sein wahres Gesicht. Der Bagatz entschied, daß es einen Unterschied zwischen einem Terroranschlag, der individuell geplant war

(Goldstein), und einem, der befohlen worden sei (wie bei Hamas-Selbstmördern), gebe. „Eine typisch rassistische und sophistische Entscheidung des Bagatz.“ Die Genfer Konvention habe sehr enge Bestimmungen, was einen Bevölkerungstransfer angehe, der nur stattfinden dürfe, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Zerstörung von Besitz und Deportation ist strikt verboten. Der Bagatz weigerte sich, die Genfer Konvention als Gewohnheitsrecht anzuerkennen; sie müsse erst in innerisraelisches Recht überführt werden, so das Oberste Gericht. „Schon die Tatsache, daß die Genfer Konvention seit fünfzig Jahren in Kraft ist, macht sie zum Gewohnheitsrecht.“ Es war ein Betrug an den Palästinensern, weil der Bagatz das Gewohnheitsrecht nicht anerkannt habe. „Es bedarf mutiger Richter, die verstehen, was es bedeutet, ein Haus zu zerstören.“

Gast- und Starredner der Tagung war Noam Chomsky, Linguistikprofessor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge. Seine Ausführungen konzentrierten sich auf die globalen Ziele amerikanischer Außenpolitik. In diesem Kontext behandelte er den Nahen Osten, um abschließend den sogenannten Friedensprozeß zu analysieren. Der Friedensprozeß falle in die globale Strategie der USA. Priorität haben die Ölquellen, sie müssen weiter unter indirekter Kontrolle der USA bleiben. Die USA haben die britische Strategie übernommen und kontrollieren die Länder durch eine „arabische Fassade“. Diese „Fassade“ müsse abhängig gehalten, vor Aufständen der eigenen Bevölkerung geschützt werden und deshalb schwach sein.

Selbst das Ende des Kalten Krieges brachte keine wesentliche Veränderung der amerikanischen Strategie; sie sah sich noch weniger „Vorwänden“ und „Zwängen“ ausgesetzt als früher. Die eigentliche Gefahr nicht nur für die arabischen Eliten, sondern auch für die USA ist ein unabhängiger arabischer Nationalismus. Unter diesem Aspekt haben die Palästinenser einen negativen Wert für die USA, weil sie immer wieder Anlaß für ein Aufkeimen eines arabischen Nationalismus geben. Israels Rolle in diesem Machtpoker ist die Aufrechterhaltung der feudalen Regime bei internen Aufständen. Mit dem Sturz des Shahregimes übernahm Israel eine Sonderrolle in der Region. Nur Israel sei in der Lage, einen möglichen Kollaps Saudi-Arabiens aufzuhalten. Israel habe schon immer extreme Regime in Lateinamerika und Afrika unterstützt. Die Palästinenser sollten sich und anderen nichts vormachen, wenn sie auf einen Staat in den Grenzen von 1967 hoffen. „In international affairs the meaning of words is not determined by dictionaries.“ Wie sagte schon Henry Kissinger: „Europe and Japan have to be kept out of diplomacy in the Middle East, which is to be a US domain, like Latin America.“ Das heißt, die Monroedoktrin gilt auch für den Nahen Osten.

Nach Chomskys Tour d'horizon begab man sich am zweiten Konferenztag wieder in die Niederungen des Alltags. Moshe Zuckermann, Dozent für Geschichte an der Universität Tel-Aviv, vertrat die These, daß der Sechstagekrieg das israelische Selbstverständnis von Grund auf verändert habe. Die besetzten Gebiete wurden als Anfang der Erlösung des jüdischen Volkes und seiner Rückkehr ins Land der Väter interpretiert. Dies führte zu einer Siedlungstätigkeit aus sicherheits- und ideologischen Gründen von allen israelischen Regierungen. Die Groß-Israel-Ideologie gab dafür die Legitimationsbasis. Der Konsens in der israelischen Gesellschaft zerbrach mit dem Libanonkrieg von 1982. Von da an waren die Israelis nicht mehr bereit, die Regierung blind zu unterstützen. Der Golfkrieg trug weiter zur Schwächung dieses Konsenses bei. Das „ewige Feindbild“ wurde geschwächt. Nur ein Ende der israelischen Kolonisation könne zum Ende der Siedlungen beitragen. Für Israel stelle sich

die existentielle Frage, ob die Israelis mit der Tatsache leben können, daß „Juden gegen Juden“ kämpfen. Die Widersprüche zwischen Religion und Zionismus müßten aufgelöst werden. Solange die Suprematie der zionistischen Ideologie über die Religion nicht in Frage gestellt wurde, funktionierte die Gesellschaft. Dieser Mythos sei durch die Shas-Partei aber in Frage gestellt worden.

Ilan Pappé, Historiker und führender Repräsentant des sogenannten „Postzionismus“ an der Universität in Haifa, betonte den Unterschied zwischen dem Oslo-Prozeß und den Oslo-Dokumenten. „Die Oslo-Abkommen haben eine neue geopolitische Einheit und Realität geschaffen, an deren Veränderung keiner ein Interesse hat. Die palästinensische Führung diskutiert nicht mehr, sie hat sich entschieden für die einzige Lösung, nach der sie den Zusammenprall zwischen der Gesellschaft und ihrer Führung gemäß Oslo vermeiden kann. Sie hat sich für eine Diktatur entschieden.“ Sowohl die politische Elite Israels als auch die palästinensische seien am Status quo interessiert. „Jedes einseitige Vorgehen der palästinensischen Seite würde die Spielregeln verändern, würde eine chaotische Lage schaffen, die es sehr schwer machen würde, das Erreichte der Oslo-Abkommen zu erhalten.“ Beide Seiten stimmen also darin überein, um was es in Oslo ging. Auf der einen Seite gibt es einen jüdischen Nationalstaat, der immer jüdischer und weniger demokratisch wird, auf der anderen Seite entsteht ein „autonomer“ palästinensischer „Nationalstaat“ oder eine nationale Enklave für die Palästinenser. Nach Pappé hat Oslo nichts mit Siedlungen, Flüchtlingen, Jerusalem etc. zu tun, sondern nur mit dem legislativen Anspruch auf Sicherheit von seiten Israels und auf der anderen Seite mit palästinensischer Symbolik. Dies zeige der Inhalt des „Interimabkommens“ vom September 1995. Nach diesem Abkommen war nicht mehr viel vom Oslo-Prozeß übrig. Dieser Prozeß wich auch von anderen Punkten ab, die in den Oslo-Dokumenten noch eine Rolle gespielt hatten, wie z.B. das Prinzip der Teilung. Daß das Mandatsgebiet Palästina geteilt werden könnte, wurde in Oslo nicht mehr erwähnt. „Die Machtbalance verwandelte die Oslo-Dokumente und den Oslo-Prozeß in ein israelisches Diktat.“ Der Oslo-Prozeß vor Ort zerstückelte Palästina, so daß eine Teilung heute irrelevant geworden ist. „Ich glaube nicht, daß es die israelische Absicht war, auch kein langfristiger Plan, der in der Schublade lag, um umgesetzt zu werden. Der legalistische israelische Ansatz, die militärische Mentalität, zusammen mit den Ansichten und Einstellungen der palästinensischen Verhandlungsführer, schafften die einzig mögliche Lösung für solche Gruppen, um zu einer Übereinstimmung zu kommen. Dies führte zu einer rationalen Teilung der Macht, der Autorität, von Symbolen und von Ressourcen.“ Die Machtbalance von 1993 mußte sich auch vor Ort widerspiegeln. „Dies ist der Mythos von Oslo heute.“ Pappé begründet dies damit, daß bereits kurz nach der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ vom September 1993 die zionistische Linke von den Zentristen, die den Mainstream in Israel verkörpern, abgelöst worden sei. Damit veränderten sich auch die Inhalte der Verhandlungen und deren Resultate. Auch den Palästinensern ging es mehr um den Genuß von Autorität als um wirkliche Autorität. Diese Rolle füllte keiner glaubwürdiger aus als Arafat, der auch noch mit einer Bantustansymbolik einen „Staat“ zu haben glaubt.

Dieses Kantonsystem wird nach Ansicht des Arztes Mustafa Bargouhti, Präsident der Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC) in Ost-Jerusalem, nicht mehr Sicherheit bringen. Das Taba-Abkommen zeige, daß Israel den Palästinensern seinen Willen aufgezwungen habe. Die palästinensischen Erwartungen werden mit Symbolik ab gespeist. Der Mißbrauch der palästinensischen Schwäche durch Israel verhindere einen demokratischen Aufbau und die ökonomische Entwicklung

einer palästinensischen Gesellschaft und zerstöre die Grundlagen für einen Palästinenserstaat. Israel mißbrauche die palästinensische Autorität für seine Sicherheitsinteressen. Die PLO wurde domestiziert. Es kam zu einer Desintegration von Gazastreifen und Westbank und zur totalen Isolation Ost-Jerusalems. Allein die Existenz der palästinensischen Autonomiebehörde werde dazu beitragen, daß die Hoffnungen auf einen Palästinenserstaat am Leben erhalten werden. Ein Bantustansystem wird langfristig keine Sicherheit bringen. Sollte diese Art der Politik weitergehen, werde sich Israel in einen binationalen Staat verwandeln.

Neben Bargouhti referierte auch der israelische Palästinenser Majed El-Haj, Professor für Pädagogik an der Universität in Haifa, über „Arab Education in Israel after the Six Day War“. Er vertrat die These, daß 1967 kein Wendepunkt in der arabischen Bildung gewesen sei, sondern es begann der Politisierungsprozeß der Palästinenser in Israel. Der Yom-Kippur-Krieg von 1973 trug zur Wiederherstellung der Würde der Araber bei, man betrachtete ihn als einen Sieg. Die Veränderungen im Bildungssystem gingen aber sehr langsam vonstatten. Einige arabische Aspekte wurden integriert. Das israelische Bildungssystem war niemals multikulturell ausgerichtet. 22 % der arabischen Studenten studieren sehr intensiv jüdische Geschichte. Nur 2 % der jüdischen Schüler erfahren dagegen etwas über arabische Geschichte. Arabische Studenten studieren intensiver die jüdische Sprache als ihre eigene und die arabische Kultur. Die jüdischen Schüler, die die Textbücher benutzen, gewinnen den Eindruck, als ob die Palästinenser alle Terroristen seien. „Diese Situation sollte geändert werden. Ein multikulturelles Bildungssystem 'is crucial to Israel'.“

Auch die Lage der Menschenrechte in den von Israel weiterhin besetzten Gebieten wurde von der Ärztin Ruchama Marton, Vorsitzende der „Medical Doctors Association for Human Rights“, in ihrem Beitrag „The Health System in the Palestinian Society under the Occupation“ dargestellt. Eine ihrer Thesen lautete: „Israel's non-development of a medical infrastructure and medical services in the occupied territories has served as a means for creating dependence of the Palestinians on Israel. Along with the Palestinian economic dependency on Israel, medical dependency has contributed to maintaining the Israeli position of power over Palestinians. During thirty years of occupation the Israeli governing establishment has used medicine as a means of repression, control and blackmail towards the residents of the occupied territories on both the individual and the collective levels.“ Frau Marton diagnostizierte eine Verschlechterung des Gesundheitswesens nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens sowohl qualitativ als auch quantitativ. Gesundheit werde nicht als ein Menschenrecht angesehen. Es existierten zwei Systeme: eines für die Reichen, ein anderes für die Armen. Israel erlaube den Palästinensern nicht, medizinische Geräte und Medikamente zu günstigen Preisen durch andere Liferanten sicherzustellen. Das Monopol in diesem Bereich werde rücksichtslos ausgenutzt. Es gebe keinerlei Anzeichen für den Ausbau einer medizinischen Infrastruktur im Zulieferbereich. Erst seit kurzem zeige sich die palästinensische „Unabhängigkeit“ darin, daß man keine Patienten mehr an israelische Kliniken überweise, abgesehen von einer kleinen Elite. Die Palästinenser haben aufgehört, sich über die Verweigerung von Ausreisegenehmigungen für Patienten aufzuregen („we do not need your favours“). Israel fahre fort, die Palästinenser als ein besetztes Volk zu behandeln. „Sie erfüllen noch nicht einmal den kleinsten Teil der Abkommen, die sich mit der Gesundheitsvorsorge befassen.“

Seit September 1993 wurden 50 % der Kliniken geschlossen, die von palästinensischen Nichtregierungsorganisationen betrieben worden sind. Die palästinensische

Autonomiebehörde habe Druck auf die europäischen und amerikanischen Geldgeber ausgeübt, ihre Unterstützung direkt an die Behörde zu zahlen. Damit ging die medizinische Gesamtversorgung um 20 % zurück. Wie nebensächlich das Thema „Gesundheit“ zwischen Israel und den Palästinensern war, zeigt die Tatsache, daß nur 3 Seiten von 400 im „Interimabkommen“ sich damit befassen. Abschließend berichtete Frau Marton von einem Erlebnis, das sie am 13. September 1993 im Gazastreifen hatte, gerade zu dem Zeitpunkt, als Rabin und Arafat in Washington die „Prinzipien-erklärung“ unterzeichnet hatten. Sie fragte einen Taxifahrer, was dieses Abkommen denn für Konsequenzen in Gaza haben werde. Er antwortete: „The 'Rais' (Präsident L.W.) will take care of our children's education, will build a sewage system and roads, and the main thing is he will give us good medicine in Gaza.“ Der Fahrer sprach nicht über: „a flag, stamps or the number of guards and mirrors to be placed at border crossing stations – all of those subjects which took up most of the 400 pages of the Oslo accords. The driver didn't know that in the Oslo agreement itself very little was written about health, and nothing was offered. I wonder what the driver would say today.“

Ein Teil der Palästinenser aus den autonom besetzten Gebieten blieb leider der Konferenz fern. Die Tagung hat gezeigt, daß sich ein Teil der israelischen Elite nicht von der Rhetorik des „Friedensprozesses“ habe infizieren lassen. Sie sehen klar, was die Verträge sind, und zwar Dokumente, die die Besetzung neu organisieren und der Weltöffentlichkeit in neuer Verpackung präsentieren. Diese Einsicht sollte sich auch bei uns langsam durchsetzen. Denn eines muß klar sein: Diese Dokumente und dieser „Friedensprozeß“ werden nicht den dauerhaften Frieden bringen. Sie sind nur die Vorstufe zu einem erneuten militärischen Waffengang.

*Ludwig Watzal*